



Industrie- und Handelskammer
Mittlerer Niederrhein

INFORMATIONEN

FÜR PRESSE, FUNK UND FERNSEHEN

Ihr Ansprechpartner
Lutz Mäurer

E-Mail
maeurer@krefeld.ihk.de

Telefon
02151 635-358

Datum
21. Mai 2014

Außen- und Großhandelsausschuss der IHK unterstützt Nr. 113/14 Verhandlungen für transatlantisches Freihandelsabkommen

Der Außen- und Großhandelsausschuss der IHK Mittlerer Niederrhein hat in einer Resolution die Bemühungen der Europäischen Union um den Abschluss eines transatlantischen Freihandelsabkommens nachdrücklich begrüßt. „Die Vereinigten Staaten sind für Deutschland der wichtigste außereuropäische Wirtschaftspartner“, erklärte Dr.-Ing. Norbert Miller, Vizepräsident der IHK Mittlerer Niederrhein und Vorsitzender des Ausschusses. „Auch viele Unternehmen am Niederrhein sind bereits in den USA aktiv, haben US-Partner oder sind amerikanischer Herkunft.“ Das Regelwerk mit dem sperrigen Namen „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ (TTIP), das derzeit in Brüssel verhandelt wird, könnte diesen Betrieben das Leben sehr viel leichter machen und auch Neulingen den Einstieg in das US-Geschäft erleichtern. Davon sind die Ausschussmitglieder überzeugt.

In den USA und der EU leben zwar nur 10 Prozent der Weltbevölkerung, sie produzieren allerdings die Hälfte aller Waren und Dienstleistungen weltweit. Ein transatlantisches Freihandelsabkommen könnte den deutschen Unternehmen die Tür zu öffentlichen Aufträgen in den USA öffnen. „Der vollständige Abbau von Zöllen würde für die deutsche Exportwirtschaft erhebliche Einsparungen bedeuten“, sagte Miller. Noch verlockender ist aus Sicht des IHK-Ausschusses – insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen – die Reduzierung der sogenannten „nicht-tarifären Handelshemmnisse“: Durch die gegenseitige Anerkennung oder Harmonisierung von technischen Normen und Standards könnten die Betriebe enorme Zusatzkosten für separate Prüfverfahren und Zertifizierungen sparen.

Das Thema Freihandel auf die von einigen Seiten befürchtete Absenkung der europäischen Verbraucherschutz-, Umwelt- oder Sozialstandards zu

reduzieren, greift laut Miller zu kurz. Die EU-Kommission habe die Verbraucherschutzregeln auch ausdrücklich aus den Verhandlungen ausgeklammert. Wichtig sei der sachliche Umgang mit den Auswirkungen eines solchen Freihandelsabkommens. „Dabei sollten die Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Medien auch darauf zu sprechen kommen, welche großen Chancen ein Freihandelsabkommen auf Augenhöhe bietet – den beteiligten Staaten, den Unternehmen und dem Welthandel insgesamt“, betonte der IHK-Vizepräsident. „Insgesamt sollte eine Bewertung des Abkommens erst erfolgen, wenn die Ergebnisse bekannt sind.“

Das ifo-Institut hat errechnet, dass ein transatlantisches Freihandelsabkommen in Europa bis zu 400.000 neue Arbeitsplätze schaffen könnte, 100.000 davon in Deutschland. Eine stärkere Zusammenarbeit der EU und der USA könnte den Liberalisierungsbemühungen des Handels auf globaler Ebene einen kräftigen Schub verleihen. „Bilaterale Abkommen können multilaterale Vereinbarungen im Rahmen der WTO zwar nicht ersetzen“, betonte Miller. „Aber ein gutes europäisch-amerikanisches Vertragswerk könnte Vorbildfunktion für die seit langem geforderte multilaterale Lösung haben.“